

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

58 (9.3.1932)

Kommunistische Täuschungsmanöver

Was sind die Thälmann-Kommunisten?
Stimmvieh für Deutschlands Morddiktator!

Wer hilft den Nazis herrlich weiter?
Herr Thälmann, der „Transportarbeiter“.

Wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, erzählen Mitglieder der Kommunistischen Partei teils in den Betrieben, teils auch am Bierisch, oder auf dem Wege zur und von der Werkstelle, die Kommunistische Partei habe Thälmann nur für den ersten Wahlgang aufgestellt, für den zweiten Wahlgang werde er nicht mehr kandidieren. Die Kommunistische Partei werde im zweiten Wahlgang nicht mehr mit einem eigenen Kandidaten hervortreten, vielmehr die Parole gegen Hitler ausgeben. Wir warnen die Arbeiter auf das nachdrücklichste davor, auf diese systematischen kommunistischen Wahlmanöver hereinzufallen. Es muß diesem Wahlmanöver vielmehr bei der mündlichen Agitation liberal klar und energig entgegengetreten werden.

Das Manöver ist zu dem Zwecke von der kommunistischen Leitung angeordnet worden, um, wenn ihr das gelingen sollte, Arbeiter, die nicht für den kommunistischen Kandidaten stimmen wollen, aber sich auch nur schwer entscheiden können, gleich im ersten Wahlgang für Hindenburg zu stimmen, von der Beteiligung am ersten Wahlgang abzuhalten. Trotz des phrasenreichen Geschwätzes der Rechts- und Linksradikalen, trotz der prahlerischen angeblichen Stimmvieh

geszuversicht, fürchten sowohl die Nationalsozialisten wie die Kommunisten, daß Herr v. Hindenburg im ersten Wahlgang gewählt werde. Und da sie beide Todfeinde des jetzigen Staates, also der Republik auf demokratischer Grundlage sind, fürchten sie mit Recht eine wesentliche Festigung dieses Staates, wenn im Wahlkampf die Rechts- und Linksradikalen geschlagen werden, und zwar im ersten Wahlgang ges schlagen werden.

Die Kommunisten wissen auch, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften eine wesentliche politische Erklärung erfahren werden, wenn es bei der Reichspräsidentenwahl gelingt, den Faschismus zu schlagen und diese Erklärung wird um so größer sein, wenn es gelang, den Faschismus gleich im ersten Wahlgang entscheidend zu schlagen. Da für die Kommunisten die Sozialdemokratie der Haupt- und Todfeind ist, darum tun sie alles, was in ihrer Kraft steht, um die Sozialdemokratie möglichst zu schädigen, auch wenn dabei die vitalsten Interessen der Arbeiter ruiniert werden. Laßt sich also niemand durch das kommunistische Täuschungsmanöver betören.

Die Parole lautet: „Schlagt den Faschismus! Schlagt Hitler! Und darum: Wählt Hindenburg!“

Im Namen der Regierung widmete Tardieu dem Verstorbenen einige Gebetworte. Der Ministerpräsident nannte Briand einen der größten Parlamentarier Frankreichs und sagte, Briand sei ein Beispiel für alle, denen am Frieden der Gewissen, dem Frieden der Parteien und dem Frieden der Völker, gelegen sei.

Endgültige Beisetzung Briands in Cocherel

Paris, 8. März. Nach der nationalen Beisetzung am Samstag findet die provisorische Beisetzung Briands auf einem Friedhof statt. Die endgültige Beisetzung, die mit einer religiösen Feier verbunden sein wird, erfolgt in Cocherel. Eine Beisetzung des Briands das Außenministerium verlassen, werden die von dem Kardinalbischof von Paris einsegnet werden.

Im Trauerhause besuchte seit heute früh ein endloses Kommen und Gehen. Unübersehbare Mengen von Wundertüchern, Statuetten, Kränzen, hohen Verwallungsbeamten, Delegationen aller möglichen Verbände usw. hatten ihre Beileidsbesuche ab. Die aller Welt eingehenden Beileidstelegramme sind unübersehbar.

Die Kommunisten als Helfer der Faschisten Warum Kandidatur Thälmann?

Wählt Thälmann! So ruft die kommunistische Partei den Arbeitern zu. Sie könnte ebenso gut rufen: Wählt Hitler! Jede Stimme, die für Thälmann fällt, kann Hitler auf sein Konto buchen. Er kann die ganze kommunistische Partei auf sein Konto buchen! Ohne den Wahnsinn und die Verbrechen der KPD, ohne die systematische Schwächung und Spaltung der deutschen Arbeiterschaft durch die Kommunisten könnte die faschistische Welle heute nicht existieren, könnte sich kein Hitler und keine SA halten.

Der Ruf „Wählt Thälmann!“ ist nicht nur ein Ruf, sondern ein schamloses Verleumdung des Proletariats in die Tüdinge zu spielen. Denn: An ihren Führern sollt ihr die KPD erkennen! Die KPD hat längst aufgehört, eine Partei zu sein, in der die Meinung und eigenes Denken der Mitglieder lebendig ist. Sie hat in ihrer Führung keine Charaktere mehr, die von dem Bewußtsein erfüllt sind, einer großen Sache zu dienen. Sie wird nur noch geführt von Wamelnuten. Das Wort Wamelnuten ist in der KPD und Verachtung von der kommunistischen Opposition geprägt worden, in der letzte Reste einer besseren Tradition lebendig waren.

Kola Luxemburg stand einst an der Spitze der kommunistischen Partei, ein charaktervoller Mensch, eine charismatische Denkerin, ein wissenschaftlicher Geist, der heißes Blut mit Klugheit und Erkenntnis verband. Ihr Jotale Paul Levi, der sich von den Moskauer Drahtzieheren mehr intellektuell noch im Charakter verbrachen ließ. Nach seinem Ausscheiden aus der KPD begann unter dem Druck der schamlosen Moskauer Methode, die mit dem rollenden Pulver der Willen ihrer Wamelnuten über den Willen der kommunistischen Parteimitglieder setzte, der intellektuelle und moralische Abstieg der KPD.

Wo vorher beste Kräfte um Erkenntnis und Willen gerungen hatten, herrschte fortan der Nabel. Jede selbständige Meinung im Politischen wurde mit der Geldpierre beunruhigt. Jeder Versuch, die kommunistische Partei finanziell auf eigene Füße zu stellen, als Verbrechen gegen den heiligen Geist Lenin gebremst, weil er die Nabelmacht Moskaus eingeschränkt hätte. Aus einer Partei wurde eine Clique von gefauften Sandlängern.

An die Stelle wirklicher Führer traten politische Abenteuerer, klaffende Bourgeoisprügel, denen der wahre Geist organisiert deutscher Arbeiterschaft immer ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist.

Die politischen Abenteuerer und Hochstapler, die in der KPD die Drähte ziehen, sind Wamelnuten, die ihren Geist und ihren Charakter verkauft haben, ihre bessere Einsicht dazu.

Thälmann sollt ihr wählen? Dies ist nicht nur eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit, es ist eine Frage des Ansehens der Arbeiterklasse, eine Frage der Selbstachtung der sozialistischen Bewegung! Als Karl Marx 1848 sich endgültig mit Weitling auseinandersetzte, rief er mit glühendem Born:

Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt! Die Unwissenheit aber, das ist der wesentlichste Zug im Wesen Thälmanns, und der mangelnde Trieb zu lernen dazu! Die Unwissenheit ist es, die ihn zur Puppe der Moskauer Drahtzieher gemacht hat.

Als Thälmann von der USA zur KPD kam, damals schon Bürgergenossenschaftsmitglied in Hamburg, stand er auf demselben hohen geistigen Niveau, auf dem er heute noch verharret. Für einen schwer arbeitenden Proletarier, den die Revolution eben erst aus der Leiharbeit des Glendes aufgerüttelt hat, ist die Unwissenheit keine Schande. Aber eine Schande ist es, daß er in den vierzehn Jahren, von denen er nunmehr acht Jahre in der Zentralkomitee der KPD ist, nichts dazu gelernt hat, daß er vielmehr die Form nachbetet, die ihm Moskaus Agenten vorleben.

Erst Thälmann ist ein Proletarier, den die Moskauer Drahtzieher zu einer Rolle aufgeschoben haben, der er nicht gewachsen ist und den sie deshalb belächelt haben. Als Thälmann im Jahre 1928 gemeinsam mit dem Hamburger Bezirksleiter Dr. Wittkop der Unterligaung von 15 000 M. beteiligt war, wurde er einstimmig von der kommunistischen Zentrale als Vorsitzender ausgetrieben. Er war schuldig, er füllte sich selbst inhaltlos. Er gestand, er hätte seiner eigenen Ausrichtung zu! Aber die zülfällige Clique hielt ihm — denn sie braucht dies willenlose und korrupte Werkzeug — als Ausschüßel für das verbrecherische Treiben ihrer Agenten.

Der Drahtzieher ist der noch nicht 30 Jahre alte Reichstagsabgeordnete der KPD, Heinz Neumann.

Der Tappus des gewissenlosen und charakterlosen Berufsrevolutionärs, ein belächelter Bourgeoisöhnchen aus reicher jüdischer Familie, das den revolutionären Proletarierführer spielt und dabei die Wütten der goldenen Jugend der Bourgeoisie belächelt hat, eine ganz besondere Wille der Putschisten der KPD, von Parfium und den Wälschen bis zur absoluten Unwissenheit des Gewissens.

Er hat Intelligenz genug für sich und für Thälmann hinat, aber der Intelligenz fehlt der Wille zur Wahrhaftigkeit. Die kommunistische Partei ist für ihn ein Spielball für Verhandlungen, ein Abenteuer. Er ist nicht Politiker, er ist Agent. Er ist Agent für viele schon gewesen.

Der Begriff der Treue ist ihm unbekannt. Er begann als Junger Bursche seine politische Laufbahn mit dreizehn Entbeeren, mit Erbrechen von Schreibtischen und Stehlen von Dokumenten, mit diese Laufbahn späterhin erfolgreich fortgesetzt. Er ist der Verfasser eines geradezu nationalsozialistischen Briefes, den im Jahre 1923 die kommunistische Zentrale an die Führere der Reichswehr und ehemalige Offiziere richtete, bei denen sie sich anbiederten.

Das ist der Mann, der Thälmann, den kommunistischen Parteimitgliedskandidaten, an der Schnur tanzen läßt! Das ist der wahre Bundesgenosse Hitlers! Ihm geht es nicht um Anstiege und Steig der Arbeiterklasse, er will den Klamauk um des Klamaukes willen. Er arbeitet bewußt den Faschisten in die Hände. Denn gemeinsam mit dem Faschismus hat er den Haß gegen die Freiheit, den Haß gegen Tradition und Leben der wahren deutschen Arbeiterschaft angeht!

Für die neuen Mitglieder der KPD — und der Mitglieder der kommunistischen Partei ist groß — die selber noch nichts davon wissen, die nichts davon erfahren dürfen, daß sie sich nicht in erster Linie für den Faschismus, sondern für den Faschismus Thälmann als der große Führer hineinsteckt. Die Männer werden

Hitler vernichtet Mittelstand

Warum machte die Berliner Handelsbank pleite?

Die Gründe, die zum Zusammenbruch der Berliner Handelsbank A.G. geführt haben, sind so gelagert, daß sie kaum größere Unruhe in die Massen der Sparer und der Einleger tragen dürften. Die Verluste der Bank werden mit rund 6 Millionen Mark angegeben, bei ungedeckten Kundeneinlagen in Höhe von fast 12 Millionen Mark. Ob das Unternehmen wesenfremde Geschäfte gemacht hat, wie vielfach behauptet wird, muß die Nachprüfung ergeben. Wie es heißt, sollen größere Kredite an eine Häuterverwertungs-Gesellschaft gewährt worden sein, die so gut wie verloren sind.

Der wesentliche Grund für den Zusammenbruch dürfte aber der Missbrauch der Einlagegeber sein. Seit dem September 1930, also seit der Hitlerwahl, sind die Kundeneinlagen von etwa 20 Millionen Mark auf unter 12 Millionen Mark zusammengeschrumpft. Den tödlichen Stoß hat die Handelsbank A.G. also wahrscheinlich wie auch andere Banken, mit durch den Sittenumsturz erhalten, der gerade in den Kreisen kultiviert wird, die zu den Einlegern der Handelsbank A.G. zählen. Selbstverständlich hat auch der Aufsichtsrat verfaßt. Ein Mitglied des Aufsichtsrates, ein in den Berliner Zusammenhänge bekannter Obermeister, hat noch vor kurzer Zeit in einer Versammlung erklärt, auf die Handelsbank A.G. könne man sich todsicher verlassen. Er scheint also nicht gewußt zu haben, wie der Hase bei der Handelsbank A.G. lief.

Man muß schon an diese Dinge erinnern. Vielleicht werden auch mittelständlerische Kreise, denen man immer normachte, die „Marxisten“ forderten die Bankenkontrolle, um die Wirtschaft zu stabilisieren und unter ihre Herrschaft zu bringen, einsehen, daß die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf etwas ganz anderes hinauslaufen, nämlich auf eine Sicherung der Einlagen.

Die Handelsbank A.G. hatte einen sehr guten Ruf. Beteiligt ist an ihr u. a. die Bayerische Hypothek- und Wechselbank mit gut 25 Prozent. Die Beteiligung der Münchener Bank soll allerdings bis auf eine Mark abgeschrieben sein. Außerdem stand die Handelsbank A.G. in Verbindung mit der Preussenkasse, was schon für die Bonität eines Instituts etwas bedeutet. In der Hauptfrage sahste das Berliner Mittelgewerbe zu den Kunden der Bank; aber auch andere mittelständlerische Kreise, so Gefäßverkäufer, der Handel mit Obst und Gemüse usw.

Die Häuser der Bank sind vorläufig sichergestellt und werden einer Prüfung unterzogen. Direktor Braun von der Handelsbank A.G. ist, wie bereits mitgeteilt, plötzlich verstorben. Man spricht von einem Schlaganfall. Andererseits will man wissen, daß Selbstmord vorliegt.

Der Stahlhelm-Kandidat

Düsterberg und Erzberger

Der Stahlhelm-Kandidat hat am „Schandvertrag“ von Versailles mitgearbeitet

Der Leipziger Volkszeitung wird geschrieben: Am 26. April 1925 richtete Herr Theodor Düsterberg in Halle an der Saale im Namen der „Vaterländischen Verbände“ an den Generalfeldmarschall von Hindenburg ein Telegramm des Inhalts, daß das „rote Herz“ Deutschlands, der durch opfervolle Tätigkeit, der alten Frontsoldaten aber schwarzweißrot gewordenen Wahlkreis Halle-Merseburg mit 485 324 gegen 304 634 Stimmen die alte Erzählung gewählt habe.

Wer ist denn dieser tapfere Düsterberg? Seine Wahlmacher preisen den auf mancherlei Art berühmt gewordenen 2. Bundesvorsitzenden des Stahlhelms als „den Frontführer aus der Kriegszeit und den sogenannten Friedensjahre“, den Mann der nationalen Tat, der darum vom Marxismus fanatisch verfolgt würde. Als Sohn eines preussischen Oberstabsarztes erlernte er an der Kadettenanstalt in Potsdam sein Handwerk, das er bis 1919 ausübte. Ein alter Offizier aus der altpreussischen Schule Fridericus, „der unermüdet an seiner militärischen Weiterbildung arbeitete und der schon damals Verachtung hatte für das Strebertum von Leuten, die gerne Karriere machen wollen.“

Rührend wird in einer langen Lohhubelei, die ein Graf von Blumenthal in der Eugenbergspreß verbreitet, hervorgehoben, daß der in der preussischen Soldatentradition erzogene Düsterberg den berühmten Chinafeldzug mitgemacht und — ausgerechnet — an der Großen Mauer einen Armistiz erlitten hat. Bei Ausbruch des Weltkrieges arbeitete Düsterberg an neuen Richtlinien für den Offiziersersatz. Er ist also der Vater des Feldwebelersatzes und des Offiziersersatzes. Diese immens wichtige Arbeit beschäftigte Düsterberg so stark, daß er erst im Oktober 1914 an die Front zog. Bereits im Frühjahr 1915 machte er sich aber aus der Schutzlinie, weit nach hinten als Divisionsadjutant, dort, wo die meisten E. K.s verteilt zu werden pflegten. Damit ist die Laufbahn des „Frontführers“ beendet, den Rest der Kriegszeit verlebte er im schönen Berlin, beschäftigt mit der wenig gefährlichen Regelung der Unterstützung der Verbündeten Deutschlands.

Kein Wunder, daß sich seine Zeitgenossen gelegentlich auch dafür interessieren, wo denn Düsterberg stand, als sein kaiserlicher Herr nach Jolland geflüchtet war und das später von ihm so heftig bekämpfte „System“ sich etablierte. Helles Entsetzen packte die im Stahlhelm zusammengeschlossenen Frontkämpfer, als Theodor Düsterberg eines schönen Tages in einer deutschnationalen Zeitung Halles zugeben mußte,

daß er als Bevollmächtigter des Kriegsministeriums bei dem Abschluß des Waffenstillstandes im Walde von Compiègne hervorragend mitgewirkt und so erst die Voraussetzung geschaffen hat für das Diktat von Versailles.

Wer sich einmal das unbezahlbare Vergnügen gemacht und eine Düsterbergische Rede angehört hat, wird sicher geglaubt haben, daß besagter Held das Scheusal Waffenstillstandsvertrag in die Wollschucht des nationalen Verrats gefeuert hätte, denn die Hege zum Zerreißen dieses Vertrags war meist einziger Inhalt seiner rednerischen Wutergüsse.

berg an neuen Richtlinien für den Offiziersersatz. Er ist also der Vater des Feldwebelersatzes und des Offiziersersatzes. Diese immens wichtige Arbeit beschäftigte Düsterberg so stark, daß er erst im Oktober 1914 an die Front zog. Bereits im Frühjahr 1915 machte er sich aber aus der Schutzlinie, weit nach hinten als Divisionsadjutant, dort, wo die meisten E. K.s verteilt zu werden pflegten. Damit ist die Laufbahn des „Frontführers“ beendet, den Rest der Kriegszeit verlebte er im schönen Berlin, beschäftigt mit der wenig gefährlichen Regelung der Unterstützung der Verbündeten Deutschlands.

Kein Wunder, daß sich seine Zeitgenossen gelegentlich auch dafür interessieren, wo denn Düsterberg stand, als sein kaiserlicher Herr nach Jolland geflüchtet war und das später von ihm so heftig bekämpfte „System“ sich etablierte. Helles Entsetzen packte die im Stahlhelm zusammengeschlossenen Frontkämpfer, als Theodor Düsterberg eines schönen Tages in einer deutschnationalen Zeitung Halles zugeben mußte,

daß er als Bevollmächtigter des Kriegsministeriums bei dem Abschluß des Waffenstillstandes im Walde von Compiègne hervorragend mitgewirkt und so erst die Voraussetzung geschaffen hat für das Diktat von Versailles.

Wer sich einmal das unbezahlbare Vergnügen gemacht und eine Düsterbergische Rede angehört hat, wird sicher geglaubt haben, daß besagter Held das Scheusal Waffenstillstandsvertrag in die Wollschucht des nationalen Verrats gefeuert hätte, denn die Hege zum Zerreißen dieses Vertrags war meist einziger Inhalt seiner rednerischen Wutergüsse.

Würdigung Briands als Friedensvorkämpfer

Paris, 8. März. (Via Draht.) Der französische Kammerpräsident Bouisson verlas zu Beginn der Dienstagnachmittagssitzung einen Nachruf für Briand, der von den Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten lebend angehört wurde. Der deutsche Vorkämpfer von Hoegh, der zuerst zuvor einen Beileidsruf auf dem Sterbebett Briands niedergeletzt hatte, wohnte in der Diplomatenloge der Sitzung bei.

Bouisson führte u. a. aus: Dieser vollkommene Franzose, der sein Land bis zu den unmerklichsten Nuancen liebte, war der Mitbürger der Menschen geworden, die ihm in der ganzen Welt ihr Vertrauen geschenkt hatten. Der Name Briand war für sie über alle internationalen Erwägungen hinweg und in der Beförderung um eine unübertreffliche Zukunft wie ein Signal der Hoffnung.

Der Kammerpräsident verlas darauf mehrere Beileidsgramme von ausländischen Parlamenten.

Französisch-italienisches Abkommen

Erklärungen Tardieus

Paris, 8. März. Ministerpräsident Tardieu nahm in der Kammer das Wort, um auf die Beziehungen zu Italien einzugehen. Er betonte, daß das Gleichgewicht der Geister und Dinge wiederherzustellen, einen guten Anfang gemacht habe. Er sei mit der ganzen Kammer der Ansicht, daß ein allgemeines internationales Abkommen zwischen Frankreich und Italien möglich sei.

Seit acht Tagen werden nicht nur zwischen Frankreich und Italien, sondern auch mit anderen Mächten Verhandlungen über die Wirtschaftslane Mittelmeeres geführt. Die Herstellung des Gleichgewichts der Dinge und der Geister in Mitteleuropa ist wichtig genug, damit ein jeder Opfer seiner persönlichen Wünsche bringe. Das zu erreichende Ziel ist hoch genug, damit alle Welt seine Zustimmung gibt.

Den Metzger wählen nur die Kälber, das größte wählt Herrn Hitler selber!

... aber, die den Schwindel kennen, können über ihre „arroganten Führer“. Schonungslos enthüllt jede neue Serie der kommunistischen Opposition die Rolle dieses Mannes: seine Hilflosigkeit, seine tiefe Kenntnislosigkeit, seine Abhängigkeit von hinter ihm stehenden Schattenfiguren.

Viele denkende und ringende einfache Proletarier sind in der deutschen Arbeiterbewegung prächtige Beispiele sozialistischer Kampfbewusstseins, des sozialistischen Drängens nach Erkenntnis, viele, die mit dem gesunden Menschenverstand des einfachen Arbeiters die mit und unbeirrt ihren politischen Weg gehen, viele, die Thälmann tausendmal beschämen. Der Stolz der deutschen Arbeiterbewegung sind die Führer, die aus der Arbeiterklasse selbst hervorgegangen sind, im Ringen um Wissen und Erkenntnis, bei denen politische Erfahrung und sozialistische Theorie sich vermählt haben.

Thälmann ist es, dessen Kandidatur eine Hoffnung der Faschisten ist!

§ 175 und Swastika

Noch ein Brief von Hitlers Stabschef

Aus Berlin wird uns berichtet:

Der Stabschef Hitlers, jener Herr Kochm, der in Bolivien mit schwarzen Ketten geschleift verurteilt und je dazu gewissermaßen kommandierte, hat gegen die Veröffentlichung seiner schmutzigen Briefe an einen seiner Berliner Freunde eine einstweilige Verfügung erwirkt. Kochm soll diesen Gerichtsbeschluss mit der Begründung erreicht haben, daß die Veröffentlichung seiner Briefe „verleumderische Angriffe“ darstellen. Er mag es nicht, die Schtheit der bisher veröffentlichten Schreiben auch nur mit einem Wort zu bestritten oder bestritten zu lassen und wird es dazu aus guten Gründen überhaupt niemals kommen lassen. Trotzdem besteht er die Stirn, sich durch die Veröffentlichung der einst von ihm verfassten schmutzigen Korrespondenz, „verleumdet“ zu fühlen. Vorläufig ist uns die Begründung der einstweiligen Verfügung zugunsten des Kochmsystems im einzelnen nicht bekannt. Wir können uns deshalb heute noch nicht mit ihr befassen. Aber mag diese Begründung aussehen wie sie will, besaßen wir über ihn bekannt gewordenen Tatbestand ändert an dem über ihn bekannt gewordenen Tatbestand noch durch verächtliche Zeitungsnachrichten oder Drohungen.

Unter dem 3. Dezember hat Herr Kochm an einen seiner Berliner Freunde einen Brief gerichtet, in dem vor allem über den „tölpelhaften Moralathleten“, den Kaiserlichen Ratgeber Rosenber, interessieren dürfte. Falls Herr Kochm es wünscht, kann auch dieser handschriftlich vorliegende Brief veröffentlicht werden. Der Brief vom 3. Dezember 1928 lautet:

München, Herzogstraße 4/B. 3. Dezember 1928.

Lieber Herr Dr. S. . . . !

Meinen Handzettel an Sie haben mich voll verstanden! Natürlich kämpfte ich mit dem Absatz über Moral vor allem gegen den Paragraphen 175. Sie meinen aber nicht deutlich genug. Ich hatte in dem ersten Entwurf eine nähere Aufklärung über dieses Thema, habe es aber aus Mangel an Platz nicht mit mir in diesen Brief zu schreiben, mehr Wirkung versprechen, in die nächste Fassung geändert.

Mit dem Herrn Alfred Rosenber, dem tölpelhaften Moralathleten, stehe ich im härtesten Kampf. Seine Artikel sind auch vor allem an meine Adresse gerichtet. Doch ich aus meiner Einstellung keinen Fehl mache, das mögen Sie daraus erkennen, daß „man“ sich bei mir eben mit dieser verkehrten Eigenheit in den nationalsozialistischen Kreisen gewöhnen hat müssen. Uebrigens arbeite ich auch mit Herrn Raduweit zusammen und bin natürlich Mitglied seines Bundes.

... würde ich sehr gerne kennen lernen. Ihr Buch, für das ich Ihnen ebenso wie für Ihre ich. Zeilen herzlich danke, interessiert mich natürlich außerordentlich. Bis jetzt habe ich nur wenig davon lesen können, aber offen gestanden: es ist etwas zu schwer für mich. Kann's Ihr verifizierten Doktoren nicht deutsch schreiben und müßt immer gelehrte Fremdwörter gebrauchen, die ein harmloser Edelebauer nicht kapiert.

Morgen fahre ich nach Berlin und wohne „Stuttgarter Hof“. Wenn wir uns sehen könnten (ich bin bis Freitag in B.), teilen Sie mir doch bitte ins Hotel mit. Ich würde mich herzlich freuen, wenn mit Ihnen ein paar Stunden plaudern zu können. Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Zeilen und bin Ihr ganz ergebener Ernst Kochm.

Naziherrschaft in Koburg

In Koburg hat der Hindenburg-Ausschuß dem städtischen Verwaltungsausschuß bereits in der vorigen Woche Hindenburg-Plakate eingereicht, die an den städtischen Anschlagtafeln angeheftet werden sollen. Der Koburgs Bürgermeister hatte das Anheften dieser Plakate jedoch unterlag. Er wollte verhindern, daß der Gegenkandidat seines Parteipasses der Öffentlichkeit zur Wahl empfohlen wird. Der Hindenburg-Ausschuß hat sich diese Vergewaltigung aber nicht gefallen lassen. Er erhob Vorstellungen beim Reichsinnenminister, der einen deutlichen Wink nach München gab. Der bayerische Innenminister hat die Stadt Koburg inzwischen angewiesen, das Hindenburg-Plakat anschlagtafeln zu lassen.

Nazidrohungen gegen Polizeipräsidenten

Freiger Abkündigungsvorlauf
Münchener, 8. März. (Eig. Droht.) Dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Mai in München ist am Dienstag ein Drohschreiben zugegangen. Der Polizeipräsident wird darin als Hochverräter und Judenbohrer beschimpft, der die Bevölkerung prosoziert. Schicksal wird gedroht, daß man Mai demnächst eine Kugel durch die Kehle jagen werde. Unterschrieben ist der Brief „Ein Schwup“. Offenbar soll dadurch von den wahren Tätern, die in den Kreisen der Nationalsozialisten zu suchen sind, abgelenkt werden.

Du mußt es jedem Wähler sagen - Für Hindenburg, heißt Hitler schlagen!

Siegeszuversicht als Täuschungsmanöver

Laße sich niemand betören

... Das Siegesgeächel der Rechtsradikalen ist nichts als ein Täuschungsmanöver, wie alle anderen Mittel, mit denen sie um jeden Preis zu ihrem Machziel gelangen wollen. Genau so steckten sie sich vor dem 5. August 1931, dem Abstimmungsstag über den Volksentscheid auf Landtagsauflösung in Preußen. Schon allein die „nationale Welle“ sei, so sagten sie, stark genug, um die nötige Stimmenzahl von 14 Millionen zu erzielen, und die kommunistische Unterstützung schließe vollends jeden Zweifel an dem Gelingen der Aktion aus. Und das Ergebnis? Die vereinigten Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten, unterstützt von Wirtschaftspartei, Deutsch-Hannoveranern, Landvolk und allen möglichen sonstigen Gruppen brachten es insgesamt auf 9 1/2 Millionen!

Die Siegeszuversicht, die die Radikalen der Radikalen zur Schau tragen, kann nicht auf die Stimmziffern allein begründet sein. Die Enttäuschung wäre diesmal zu groß, als daß sie erträglich wäre. Das Wort klaut uns noch in den Ohren, das Goebbels im Reichstag aus sprach, die Partei wisse, daß sie am ihr Sein oder Nichtsein „mittelt“.

In der Tat: Hindenburg wußte wohl, was er mit der Erklärung sagte, er wolle lieber selber den Passionsweg gehen und die Herabsetzung seines Namens in Kauf nehmen, als daß er Deutschland lebenden Augen den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lasse.

In Finnland ist in diesen Tagen der Putz der sogenannten Lappo-Beute zusammengebrochen. Nach Berichten aus Helsinki bestand eine enge Verbindung zwischen diesen Lappo-Beuten und den deutschen Nationalsozialisten. Angeblich wollte man gemeinsam losziehen, nur sei die Lappo-Bewegung zu früh losgebrochen.

Voran ist der Putz der finnischen Rechtsradikalen gescheitert? An der Haltung des finnischen Hindenburg, des arischen Schwund, den seine Landsleute Ukko Pekka nennen, Västerbom Peter. (Folksche Zeitung.)

Die Macht des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident verfügt über die folgenden Machtmittel:

1. Den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches.
2. Er ernennt und entläßt die Reichsbeamten und die Offiziere, beauftragt und empfannt die Gesandten, da er das Reich völkerrechtlich zu vertreten hat.
3. Deswegen ist er auch berechtigt, Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten zu schließen. Nur bedürfen diese Bündnisse und Verträge der Zustimmung des Reichstages.
4. Der Reichspräsident ernennt und bestätigt auch den Reichskanzler und die Minister des Reiches.
5. Der Reichspräsident übt für das Reich auch das Begnadigungsrecht aus.
6. Der Reichspräsident hat auf Grund des oft erwähnten Artikels 48 der Verfassung besondere Rechte, wenn nach seiner Auffassung die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Reiche gefährdet wird. Hieron mußte in den letzten Monaten mehrfach Gebrauch gemacht werden.
7. Der Reichspräsident kann sich auch in die innerpolitischen Beziehungen der Länder einmischen, wenn ein Land die ihm nach dem Reichsgesetze obliegenden Pflichten nicht erfüllt.
8. Der Reichspräsident kann allerdings auch vom Reichstag in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler und den Reichsministern in Anklagezustand veretzt werden, wenn die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz schuldlosweise verletzt worden ist.
9. Er kann auch auf Antrag des Reichstages durch Volksabstimmung abgesetzt werden; nur erfordert dieser Beschluß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, wie denn der Reichspräsident ohne die Zustimmung des Reichstages nicht strafrechtlich verfolgt werden kann.
10. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre; Wiederwahl ist zulässig.

Und diese Machtmittel soll man in die Hände des Führers der Todfeinde des heutigen Staates geben? Das wäre eine glatte Verriäthheit. Der 13. März wird zum Schicksalstag!

Es geht um alles!
Volk, du sollst entscheiden!
Keine Stimme den Volkseindern!
Volk, entscheide!
Demokratie oder Diktatur?
Das ist die Schicksalsfrage!
Wähle einen Präsidenten, keinen Diktator!

Wer die Verfassung achtet!
Wer nicht auf Hochverrat und Bürgerkrieg spekuliert!
Wer seinen Eid auf die Republik ernst nimmt! —
Nur der darf ihr Präsident werden!

Achtung, Beamte! Schlagt Hitler!

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände im Deutschen Beamtenbund wendet sich mit folgendem Aufruf zur Reichspräsidentenwahl an die Beamenschaft:

Am 13. März wird das deutsche Volk darüber entscheiden, wer künftig Reichspräsident sein soll. Diese Wahl entscheidet über die Zukunft des Staates, über Sein und Nichtsein der von uns beschworenen Verfassung, über Demokratie und Republik.

Die staatszerstörenden radikalen Parteien von rechts und links haben zum entscheidenden Schlage ausgeholt. Ihr Sieg wäre gleichbedeutend mit außenpolitischen Rückschlägen, verschärfter Not, erhöhter Entbehrungen für die Beamten, ja für das ganze deutsche Volk.

Die Reichspräsidentenwahl bringt die Entscheidung darüber, ob das Berufsbeamtentum in seiner bisherigen Ueberparteilichkeit erhalten bleiben soll. Gewisse Parteisanatiker von rechts und links wollen es zu einem willenlosen Werkzeug ihres Regimes machen. Der „Diener der Gesamtheit“ soll durch den „Funktionär der Partei“ ersetzt werden. Das wäre der Sieg der Parteiuchbeamtentums über das Berufsbeamtentum deutscher Prägung.

Der 13. März entscheidet ebenso sehr über die Zukunft Eurer Berufsorganisationen, die höchstens nur als Einrichtungen der Parteien gebildet werden. Somit wird die bevorstehende Reichspräsidentenwahl zum Schicksalstag des deutschen Volkes und der deutschen Beamenschaft.

Wer Thälmann wählt, die Nazis stiehlt!

Hindenburg hat in den Neben Jahren seiner Reichspräsidentenwahl uns allen ein überzeugendes Beispiel der selbstlosen Hingabe für Volk und Vaterland gegeben.

Hindenburg ist nicht der Kandidat einer Partei, er steht als treuester Sachwalter des deutschen Volkes über den Parteien.

Unsere Stimme gehört: Hindenburg!

Angestellte! Schlagt Hitler!

Der National-Bundesvorstand veröffentlicht zur Wahl des Reichspräsidenten folgenden Aufruf:

An alle Angestellten!

Das deutsche Volk steht am 13. März vor einer politischen Entscheidung größten Ausmaßes. Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl wird auch für das künftige Arbeits- und Lebensschicksal der Angestellten bestimmend sein.

Seit der Reichstagswahl 1930 sind die Schleier hitlerischer Angestellten- und Arbeiterfreundlichkeit gefallen. Die nationalsozialistische Bewegung ist als die brutale Schuttruppe der Sozialreaktion entlarvt. Der Millionentat der Hitlerorganisation wird von denselben Industriegewalten gepfeift, die durch Lohn-, Gehalts- und Sozialabbau alle Opfer der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen wußten. Die Salzburger Tagung hat nur allzu deutlich gezeigt, daß die Aufragegeber Hitlers entschlossen sind, den gesamten Arbeitsschutz und das kollektive Arbeitsrecht zu erschlagen, um den einzelnen Angestellten wiederum der Willkür und Ausbeutung seines Unternehmers schuklos auszuliefern.

Der innere Zusammenhang zwischen Sozialreaktion und Faschismus kann heute nicht mehr abgeleugnet werden. Darum haben sich auch in den letzten Wochen die von Not und Elend bedrängten Massen der Angestellten und Arbeiter in der Eisernen Front zusammenschlossen. Sie wollen den Festungsgürtel sprengen, den die faschistischen Prätorianergarden um das immer mehr verlagende kapitalistische Wirtschaftssystem gezogen haben. Sollen innerwirtschaftlich durch den Umbau der heutigen Wirtschaft und außenpolitisch durch eine internationale Verständigung der Völker wieder neue und bessere Lebensmöglichkeiten für die schaffenden Volksschichten gewonnen werden, dann muß die politische Vereinigung in Deutschland vorausgehen.

Die denkenden Angestellten haben die Aufgabe, bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl die politischen Voraussetzungen zur Entspannung der Wirtschaftskrise zu schaffen.

Siegt Hitler, so wird den Angestellten die letzte Möglichkeit organisatorischer Abwehr gegen Not und Elend geraubt. Die An-

Reichspräsidentenwahl

Theodor Duesterberg Oberleutnant a. D., Halle a. d. Saale	<input type="radio"/>
Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	<input checked="" type="radio"/>
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst München	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	<input type="radio"/>
Adolf Gustav Winter Betriebsanwalt Großjena bei Raumburg a. d. Saale	<input type="radio"/>

gestellten und Arbeiter, welche das Fundament der Demokratie und der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit erhalten wollen, werden in diesem historischen Augenblick den Kandidaten des Volksstaates, den bisherigen Reichspräsidenten Hindenburg gegen Hitler wählen. Es geht nicht um Personen, sondern es geht um Sein oder Nichtsein von Land und Volk.

Kollegen, Kollegen! Euer Kampf gegen die Not des Tages ist der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Wer die Schuldigen treffen will, muß

Hitler schlagen!

Der „Schlenkerige Desterreicher“

Adolf von „Goebbels Gnaden“ im Urteil eines Frontsoldaten

Am Dortmund Generalsieger äußert sich ein Frontsoldat, der mit Adolf Hitler der 1. Kompanie der 16. Bay. Inf.-Regt. angehört hat, über Herrn Hitler u. a. wie folgt:

... Damals marschierte Adolf Hitler in unserer Kompanie. Und damals haben wir eigentlich immer über den schlenkerigen Desterreicher gelächelt. Kamerad Hitler schaute beiseite nicht aus wie ein Kriegsgott. Er hatte entsetzlich dünne lange Beine und das Zeug schlotterte ihm am Leibe. Wer dem Adolf Hitler allerdings heute begegnet, wird ihn nicht wieder erkennen. Er ist ein Großkörper geworden und füllt die Welt mit einem schönen runden Bank. Den wir uns damals alle noch nicht leisten konnten ...

Zum 13. die Losung sei: Schlagt Hitler - macht Deutschland frei

Freistaat Baden

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung

Polizeiverfügungen des Innenministeriums

Der Minister des Innern hat Richtlinien an die badischen Polizeibehörden erlassen, in denen zur geordneten Durchführung des Wahlkampfes verschiedene Verbote erlassen werden. Danach sind zur geordneten Durchführung des Wahlkampfes sowie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie aus verkehrspolizeilichen Gründen von den Polizeibehörden nicht zuzulassen:

1. das Verteilen von Flugblättern aus Fahrzeugen aller Art an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen;
2. das Herumtragen und Herumfahren von Plakaten auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, außer am Wahltag selbst, soweit es durch Fußgänger erfolgt, der Verkehr nicht behindert wird und das Herumtragen in der Zeit von 11 bis 17 Uhr geschieht;
3. die Verwendung von Lautsprechern und Schallplakaten (Kinonagen) an und auf öffentlichen Plätzen, Wegen und Straßen, sowie von fliegender Lichtklammer zu Zwecken der Wahlpropaganda.

Es ist ferner dafür Sorge zu tragen, daß am Wahltag selbst vor den Wahllokalen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und der ungehinderte Verkehr nicht durch übermäßiges Aufstellen von Plakatträgern und Flugblätterverteiler oder in anderer Weise gefährdet wird.

Kampf der politischen Jugendverwildering!

Die Schulordnung in sämtlichen Schulen des Landes

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts hat unterm 3. März ds. Js. folgende Verordnung erlassen:

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Schulen und zum Zwecke der Verhütung der parteipolitischen Beeinflussung der Schüler wird angeordnet:

1. Allen wahlunmündigen Schülern ist jede Zugehörigkeit zu politischen Parteien und Vereinigungen sowie ihrer Organisationen und ihrer Jugendgruppen oder -Bünde jeder Art, ferner die Teilnahme an parteipolitischen Versammlungen und Kundgebungen oder an solchen Veranstaltungen jeder Art, auch wenn sie in gesetzlicher oder sonstiger Form abgelehnt sind, sowie überhaupt jede parteipolitische Betätigung verboten;
2. allen Schülern ist das Tragen von Uniformen und Abzeichen parteipolitischer Organisationen verboten;
3. allen Schülern ist ferner das Herstellen, Verteilen, Verteilen von Schriften und Zetteln parteipolitischer oder staats- oder verfassung- oder religionsfeindlichen Inhalts verboten;
4. allen Schülern ist weiter verboten, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, welche den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung oder den Widerstand gegen den Staat und seine Organe oder deren Einrichtungen und Anordnungen der Schule bezwecken, darstellen oder dazu auffordern, oder eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpfen oder verächtlich machen;
5. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Verbote sind von den zuständigen Schulordnern mit aller Strenge zu bestrafen, bei Schülern von Fachschulen und höheren Lehranstalten erforderlichenfalls auch mit Ausschließung oder Ausweisung aus der Schule;
6. Von den Lehrpersonen aller Schul- und Unterrichtsanstalten wird erwartet, daß sie gemäß der Reichs- und Landesverfassung, der sonstigen Gesetze, und Ordnungsvorschriften sowie in Befolgung ihrer durch den Beamteneid beschworenen Amtspflichten die ihnen anvertrauten Schüler zu wahrhaft vaterländischer und staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen, d. h. in ihnen das Verständnis für den Staat zu erwecken, ihnen die Notwendigkeit der Einordnung des Einzelnen in das Staatsganze und die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung sowie zur Beobachtung der Verfassung und der Gesetze klar machen;
7. Jede parteipolitische Beeinflussung der Schüler innerhalb und außerhalb der Schule seitens der Lehrpersonen ist verboten. Zuwiderhandlungen dagegen werden strengstens geahndet;
8. Von vorstehenden Anordnungen sind die Ziffern 1-5 jeweils zu Beginn des Schuljahres und am Anfang des Monats Oktober aller Schüler - einem während des Schuljahres eintretenden Schüler sofort - zur Kenntnis zu bringen;
9. Seitens des Herrn Ministers des Innern sind die Bezirksämter und Polizeidirektoren angewiesen, die Einhaltung der Verbote bezüglich der politischen Betätigung der Schüler zu überwachen.

Irreführungspolitik des Nazi-Führer

Unter dem Titel „Kleinigkeiten“ prangert die Pressestelle des Staatsministeriums einige Irreführungen des nationalsozialistischen Führers an:

In der Folge 61 des Führers vom 2. März 1932 sind auf Seite 6 unter obiger Überschrift einzelne den Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts berührende behördliche Maßnahmen irreführend dargestellt. Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Bei dem angeführten Bezug von Bordruden für Rohzettel seitens der Zentralschulbuchverwaltung handelt es sich um eine im Jahre 1927 erfolgte einmalige Bestellung von 3000 Stück der genannten Bordruden zum Preise von 48 M. bei einer Stuttgarter Spezialfirma. An diese Firma wurde die Zentralschulbuchverwaltung leihweise mit dem Bemerkten, daß sie in Ermangelung der nötigen Maschinen zur Uebernahme des Auftrags außerstande seien. Es ist also unrichtig, daß die Zentralschulbuchverwaltung durch diese Bestellung arbeitslose badische Buchdrucker und stillstehende badische Druckereien übergegangen hat.
2. Der weiter beanstandete Bezug von „Glühbirnen“ wird für alle badischen Staatsbehörden und -anstalten durch das dem Finanzministerium unterstellte maschinentechnische Büro geordnet. Durch dieses Büro erhielt nach einem den andern Ministern zugegangenen Schreiben des Herrn Finanzministers vom April 1931 neben zwei Firmen in Karlsruhe auch eine Firma in Schöndal bei Neustadt a. d. B. die Lieferung von gasgefüllten Lampen zugeteilt bis zur Höchstzahl von 10000 Stück für die Bonamtsbezirke Mannheim, Heidelberg und Wertheim und zwar mit Wirkung vom 1. April 1931 bis 31. März 1932. An der Vergebung dieser Lieferung war also der Minister des Kultus und Unterrichts in keiner Weise beteiligt. Der Hinweis des Führer auf die sogenannte Zen-

trumsfrage ist also nichts anderes als eine böswillige verleumdende Schmähung des Kultusministers.

3. Vor Vergebung der Malerarbeiten im Universitätsbau (Schulmen-Bau) Heidelberg an fünf Heidelberger Malerfirmen wurde seitens der Bauleitung, um die Preisabkündigung besser beurteilen zu können, eine Angabe in den Bewegungen darüber angefordert, wie hoch sich die Berechnung belaufen würde bei Verwendung eines Spitzenlades. Als Beispiel wurde von der Bauleitung „Temperol“ angeführt, da dieser Lack als eine Spitzenleistung allgemein bekannt ist. Soweit übrigens aus den vorgelegten Rechnungen hervorgeht, wurde von den Malerfirmen bei Ausführung der Arbeiten kein „Temperol“ verwendet. Es ist also unrichtig, daß „Temperol“ bei den Universitätsneubauten behördlich vorgezeichnet war oder verwendet werden mußte.

Ebenso unrichtig ist die Behauptung im Führer, daß bei den Freiburger Klinikbauten als Anstrichfarbe „Vitalin-Weißlack“ verwendet werden mußte. Wahr ist vielmehr, daß bei der Vergebung seitens der Malerfirmen kein anderer Lack als „Vitalin-Weißlack“ angegeben wurde. Da dieser Lack, der an Stelle zu teurer Wandplättchen verwendet und daher besonders die und sehr teuer mußte, als gut bekannt war, lag für die Bauleitung keine Veranlassung vor, die Verwendung dieses Lades zurückzuweisen.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Die kalte Witterung drückt weiter

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland vom 16. bis 29. Februar 1932 wird mitgeteilt:

Bauern- und Metallindustrie in Südwestdeutschland zeigen zum erstenmal seit langen Monaten leicht abnehmende Arbeitslosenzahlen. Nur in wenigen Berufsgruppen und Bezirken wurde noch eine ins Gewicht fallende Zunahme der Arbeitslosigkeit festgestellt. Im ganzen ist hauptsächlich infolge der kalten Witterung, die eine Aufnahme der Außenarbeiten behindert, nochmals ein geringes Ansteigen der Arbeitslosenzahl um rund 1800 Personen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden belief sich am 29. Februar auf 351 993, wovon 149 906 auf Württemberg und 202 087 auf Baden kommen. Die Gesamtzahl der als arbeitslos anzulebenden Personen betrug in Württemberg 143 583, in Baden 197 118 und im Gesamtbestri 340 701.

Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung ging in der Berichtswache erstmals um 1112 Unterstützte zurück, während in der Krisenfrist eine Zunahme um 5204 Hauptunterstützungsempfänger zu melden ist. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 29. Februar folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 124 462 Personen (98 091 Männer, 26 371 Frauen) in der Krisenfrist 94 502 Personen (81 190 Männer, 13 312 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten liegt am 29. Februar bei 4092 Personen oder um 1,9 v. H. von 214 872 Personen (175 459 Männer, 39 413 Frauen) auf 218 964 Personen (179 281 Männer, 39 683 Frauen); davon kamen auf Württemberg 96 713 gegen 94 152 und auf Baden 122 251 gegen 120 720 am 15. Februar 1932.

Im Gesamtbestri des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 29. Februar auf 1000 Einwohner 42,5 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfrist gegen 56,5 im Reichsdurchschnitt am letzten Abhau Mitte Februar. Dazu kam noch die Belastung der öffentlichen Fürsorge mit unterstützten Wohlfahrtsdienstleistungen, deren Zahl im Südwestdeutschland Ende Februar rund 58 000 Personen oder 11,5 vom Tausend der Einwohnerzahl betrug.

Nazi-Landtagspräsident Zörner

An der Futterkrippe

Wozu er die Staatsgelder brauchte

Der braunschweigische Landtagspräsident hat einen Veräußerungsfonds für lachliche Ausgaben. Landtagspräsident ist der Nationalsozialist Zörner. Ueber seine Benutzung des Veräußerungsfonds und über seine „lachlichen Ausgaben“ berichtet der Braunschweiger Volksfreund:

- Für die Teilnahme an einer Tagung des Deutschen Nationalen Handlungslehrenverbandes in Braunschweig liquidierte Herr Zörner für sich selbst . . . 20.— RM.
- Für die Teilnahme am Braunschweigischen Städtetag zahlte sich der Präsident Zörner . . . 20.— RM.
- Am 5. Juni fuhr der Präsident nach Hannover, um sich dort die landwirtschaftliche Ausstellung anzusehen. Er liquidierte dafür an Speien . . . 80.— RM.
- Am 13. Juni 1931 besuchte der Herr Präsident Zörner eine Jugendberberatungsversammlung in Braunschweig. Er zahlte sich auf Kosten des braunschweigischen Steuerzahlers . . . 10.— RM.
- Am 9. Juli fuhr der Herr Präsident auf einer Artillerientagung wohl. Er liquidierte dafür . . . 20.— RM.
- Am 19. Juli fuhr der Herr Präsident das Bedürfnis, Zigarren zu rauchen. Er bestellte beim Nazi-Zigarrenhaus Quibbe-Braunschweig 50 Stück à 30 Pfennig. Die Rechnung bezahlte er aus der Veräußerungsstelle mit . . . 15.— RM.
- Am 14. Juli 1931 ludte ihm das Rennen in Bad Harzburg. Er entnahm dem Landtagspräsidenten-Veräußerungsfonds . . . 30.— RM.
- Am 15. Juli 1931 besuchte der Herr Präsident die Hundertjahrfeier der Landesbankgesellschaft in Holzminden. Seine Ausgaben bezifferte er auf . . . 80.— RM. (Dabei hat der Präsident Zörner freie Eisenbahnfahrt!)
- Am 5. September 1931 fuhr er zur Abwechslung nach Sachfen. Für die Reise liquidierte er . . . 40.— RM.
- Als Begründung schrieb er in die Akten „Reise nach Sachfen in Sachfen“. (Verfassungsfestern sind sonst am 11. August!) Wozu doch eine Verfassungsfest dies „Sachfen“ gut sein kann! Am 14. September 1931 nahm der Herr Präsident an

Die Arbeitslosigkeit im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 29. Februar 1932 ist die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl in der zweiten Februarhälfte zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, annähernd ebensolch wie Mitte Februar.

In der Belastung der Arbeitslosenversicherung ist ein Rückgang um etwa 30 000, in der Krisenunterstützung eine Erhöhung um rund 31 000 Hauptunterstützungsempfänger eingetreten. In beiden Unterstützungsleistungen zusammen wurden Ende Februar rund 3 526 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, wovon rund 1 852 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 674 000 auf die Krisenfrist entfielen. Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsdienstleistungen wurden rund 1 833 000 gezählt.

In den einzelnen Bezirken war die Bewegung der Arbeitslosenzahl verschieden: Während die Landesarbeitsämter Ostpreußen, Schlesien, Niederrhein, Westfalen, Rheinland, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland noch eine Zunahme meldeten, trat in den Bezirken Brandenburg, Pommern, Nordmark und Mitteldeutschland ein Rückgang ein.

Herabsetzung der Pachtflöhe

REB Berlin, 8. März. Der Reichskommissar hat in Verhandlungen mit den Hausbesitzerverbänden erreicht, daß diese sich bereit erklärt haben, bei bestimmten Gewerbetreibenden (Wirt, Kleinh., Bier, Kino) auf die Pachtverhältnisse die Vorschriften der vierten Rotenverordnung über Mietsetzung auf Antrag entsprechend zur Anwendung zu bringen.

Hitler will Krieg gegen Frankreich

In seinem Buche „Mein Kampf“ schreibt Adolf Hitler auf Seite 766:

„Erlaubt man den Lebenswillen der deutschen Nation zu einer endgültigen alten Auseinandersetzung mit Frankreich zusammenzufassen und in einem letzten Entscheidungskampf mit deutscheren höchsten Schicksalen hinüber zu führen, dann wird man imstande sein, das ewige und an sich unfruchtbare Kinne zwischen uns und Frankreich zum Abschluß zu bringen; allerdings unter der Voraussetzung, daß Deutschland in der Verdrängung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um dem unteren Volks endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können.“

Und auf Seite 699 heißt es: „Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich!“

Während auf Seite 297 verlangt wird: „daß mit brutaler Faust einmal für immer der französischen Hydra der Kopf zermalmt werde.“

Als brutaler Vernichtungswillen gegenüber Frankreich brauchen wir uns dann zu wundern, wenn Frankreich von Frankreich nichts wissen will? Wenn auch kein vernünftiger Mensch damit rechnet, daß es Hitler je gelingen könnte, die für eine Präsidentenwahl nötige Stimmenmehrheit zu erlangen, so zeigt doch die neueste Kundgebung des französischen Ministerpräsidenten Lardieu im Kammerauschuss, in welcher Weise Deutschlands Interessen schon durch die Kandidatur dieses geisteskranken Sprücheklopfers gefährdet werden. Deshalb muß die Parole lauten: Schlingt ihn, den Hitler!

- Kaabe-Feiern in Braunschweig, Wolfenbüttel und Eiserhauken teil. Er glaubte, dafür . . . 85.— RM.
- Für die Eröffnung einer Kolonialausstellung in Braunschweig im „Konzerthaus“ nahm er . . . 10.— RM. in Anbruch.
- Am 22. September brauchte der Herr Präsident wieder Zigarren. Er bezahlte dafür dem Nazi-Zigarrenhaus Quibbe . . . 15.— RM.
- Am 14. und 15. Oktober 1931 setzte sich der Herr Präsident auf die Bahn, um sich Berlin und seinen Reichstag anzusehen. Er liquidierte dafür . . . 84.— RM.
- Die Arbeiterkolonie Kästorf erregte auch sein Interesse. Er berechnete dafür auf Kosten des braunschweigischen Steuerzahlers . . . 26.— RM.
- Am 19. November 1931 besuchte er ein Schulfest einer gewerblichen Berufsschule. (Freiprogramm war offen Abgeordneten ausgestellt.) Der Herr Präsident liquidierte . . . 15.— RM.
- Kurz vor Jahresluß waren die Zigarren aufgebraucht. Zörner bestellte eine neue Riste. Die Riste der Zeit erforderte selbst bei dem Präsidenten einen Preisabbau. Er bestellte jetzt Zigarren à 25 Pf. und bezahlte dafür . . . 12.50 RM.
- Für die Sitzungen des Staatsbank-Untersuchungsausschusses beanpruchte Herr Zörner ohne nähere Begründung . . . 29.68 RM.
- Kein Mensch weiß, wofür diese Gelder verwendet wurden, denn seine Staatsgelder hat Herr Zörner wie jeder andere Abgeordnete auch erhalten. Selbst der Volksparteierr Brandes, der sonst über alle Taten der Nazis seine leuchtende Hand hält, erklärte im Dauschhausauschuss, daß der Herr Präsident Zörner eigentlich auch mit den Landesgeldern eines Ministers zufrieden sein könne!
- So sieht das Vaterlandsbedürfnis der Nationalsozialisten an! Der Nazi-Landtagspräsident hat den Veräußerungsfonds für die Tagungsgeldangelegenheit gebildet!
- Wenn die Nazis in anderem Namen an die Regierung gelangten, dann wehe den Steuerzahlern! Sie selbst rechnen darauf, daß die latenten Bedürfnisse jedes Aufwunders über ihre Korruptionen unterdrücken würde.

Die Programme der politischen Parteien

Vor den Wahlen kommt loben im Verlag Körner u. Sohn in Leipzig eine Schrift heraus, die über die Programme der politischen Parteien Deutschlands Auskunft gibt. Das Büchlein enthält die Programme der Parteien aller Richtungen. Wenn auch Programme für manche Parteien nur eine Fäbne sind, die für die wirkliche Welt wenig bedeuten und dazu herbeigeführt sind, für alle Parteien in gemüthlicher Farbe zu schillern, so dürfte die Schrift doch vielerorts willkommen sein.

Hugenbergpresse verleumdete Sozialdemokratie Ein ausgebeuteter Schwindel

Die Hugenbergpresse meldet aus Jüterburg, daß gegen den sozialdemokratischen Regierungsrat Grimpe in Schleswig ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Grimpe soll als Landrat des Kreises Jüterburg Verfehlungen begangen haben, indem er bei Hausbauten des Kreises sozialdemokratische Unternehmer bevorzugte, Materialien weit über die erlaubten Forderungen bezahlte, und ungelieferte Materialien bezahlt habe, die niemals zur Ablieferung gelangt seien. Die Meldung ist erlogen. Weber ist gegen Grimpe ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, noch konnten irgend welche Verfehlungen im Kreise festgestellt werden. Es ist auch falsch, daß bei den Bauten des Kreises sozialdemokratische Unternehmer bevorzugt worden sind. Die Bauten wurden nicht durch den Landrat, sondern durch einstimmigen Beschluß des Kreisausschusses vergeben. Unter den Ausführenden befand sich nicht ein einziger Sozialdemokrat, wohl aber ein deutschnationaler Kreisratsmitglied.

Volkswirtschaft

Das Gesamtergebnis der Leipziger Messe 1932

Wird sehr wahrscheinlich von dem Verlangen des Exports und der Exportmärkte nachteilig beeinflusst. Die Leipziger Frühjahrsmesse hat für die deutsche Warenexport eine besondere Bedeutung. Hier in Leipzig treffen sich die großen Exporteure, die in Massen einkaufen. Der Export nach England fällt so gut wie aus. Die Zollveränderung vom 1. März, dann aber auch die Hundwertungen, hat den Export nach England so gut wie stillgelegt. Aufträge für England sind diesmal verhältnismäßig wenig gemacht worden. Das gilt auch für die nordischen Länder, die England auf der Bahn der Währungsverschlechterung folgen. Dazu kommt, daß die großen überseeischen Agrargebiete nach wie vor nicht mehr kaufen können. Die Lage hat sich nicht gebessert, vielmehr noch verschlechtert. Andererseits scheint die Desinfektionswirtschaft in Ländern, die für den deutschen Export wichtig sind, so gebundener zu werden, daß sie auf eine Unterbindung der Warenexporte hinausläuft. Wir haben von bekannten Einfahrern, z. B. aus Dänemark, gehört, daß es gar keinen Zweck hat, Aufträge zu geben, da auf eine Zuteilung der entsprechenden Devisen nach Lage der Dinge nicht zu rechnen ist. Hier und in anderen Fällen scheint sich der deutsche Export zu vermindern. Wir haben von dem Binnenmarkt kaum beunruhigendes zu hören, aus dem Export einige hundert Millionen Markt kostet. Nach Lage der Dinge liegt diesfalls das Schwermetall der Leipziger Messe auf dem Inlandsmarkt. Die Unkenntnis der Leipziger Messe auf dem Inlandsmarkt ist sehr bedauerlich. Man verheißt die Bekämpfung auf eine spätere Zeit, selbst bei der Gefahr, daß man später teurer an die Ware kommen wird.

Partei-Nachrichten

Arthur Crispian: Die Sozialdemokratie und die Reparationen
Weber keinen Gegenstand der Politik unserer Tage herrscht in breitesten Kreisen des Volkes so große Unkenntnis, wie über die Reparationsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages. Weber keinen Gegenstand ist auch von den Gegnern der Sozialdemokratie so viel zusammengelogen worden, wie über die Stellung der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale zum Reparationsproblem. Genosse Crispian hat eine höchst verdienstvolle Arbeit geleistet, indem er das vielumstrittene Thema einer sach- und wahrheitsgemäßen Beleuchtung unterwarf. Seine eindringlichen Darlegungen sind geeignet, mit dem volksverhetzenden Schwindel vom Reparations-Schuldensystem der Sozialdemokratie gründlich aufzuräumen - aber nur dann, wenn alle Parteimitglieder der wertvollen Broschüre zu der Verbreitung verhelfen, die sie verdient. Die Broschüre ist in unserer Buchhandlung erhältlich.

Gewerkschaftliches

Der Reichsarbeitsminister dementiert Gerüchte über Gehaltskürzung der Beamten

Das Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Genosse Scherff, interessierte auf der Reise Berlin-Heidelberg den Reichsarbeitsminister Siegermann persönlich über die besonders durch die Nationalsozialisten verbreiteten Gerüchte über weitere Beamten-Gehaltskürzungen. Der Reichsarbeitsminister erklärte mit größter Entschiedenheit, daß die Reichsregierung Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt und daß die unwahren Behauptungen auf das Entschiedenste entgegenzutreten werden müsse. Diese Erklärung des Reichsarbeitsministers deckt sich mit der des Reichsfinanzministers Dietrich und der des preussischen Ministerpräsidenten Braun gegenüber dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Die weitere Frage, ob die Reichsregierung beabsichtigt, die in der 4. Räteverordnung vorgesehene Kündigung der Tarifverträge mit Wirkung zum 30. April 1932 zu verlängern bzw. aufzuheben, beantwortet der Reichsarbeitsminister damit, daß er erklärte, das Reichs-Lohnrecht habe sich noch nicht abschließend mit dieser Frage beschäftigt; es sei aber in Aussicht genommen, die Kündigungsfrist der Tarifverträge für bestimmte Gewerbe bzw. Arbeitnehmergruppen über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern.

Preis der Devisennotierungen (Wittelskurs)

	8 März	7 März		
	Weid.	Frk.	Weid.	Frk.
Amsterdam	100 fl.	169.23	169.57	169.67
London	100 £	21.79	21.83	21.83
Paris	100 Fr.	10.02	10.06	10.06
Berlin	100 M.	4.209	4.217	4.209
Frankfurt	100 M.	16.51	16.55	16.55
Brüssel	100 Fr.	12.465	12.485	12.485
Genève	100 Fr.	11.70	11.70	11.78
Stockholm	100 Kr.	2.37	2.43	2.43
Oslo	100 Kr.	2.77	2.83	2.83
Wien	100 Schilling	49.93	50.00	50.00

Herunter mit Rundfunkgebühren!

Ein sozialdemokratischer Vorstoß

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost hat sich in seinen letzten Sitzungen u. a. auch mit den Rundfunkgebühren beschäftigt. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Herb setzte sich nachdrücklich für eine Ermäßigung der Rundfunkgebühren ein.

Die amtliche Rundfunkgebühr von 2 Mark ist vor vielen Jahren, als noch mit ganz anderen Preisen zu rechnen war, festgelegt worden.

Inzwischen sind weitgehende Veränderungen im gesamten Rundfunkwesen eingetreten, ohne daß die Höhe der Gebühren davon berührt worden wäre. Der jetzige Satz darf aber nicht als ewig und unantastbar aufgefaßt werden.

Es ist endlich an der Zeit, daß dem Verlangen der Hörer auf Senkung der Gebühren nachgegeben wird.

Schon die noch immer ansteigende Teilnehmerzahl (wir haben jetzt rund 4 Millionen Hörer) müßte eine Gebührenerhöhung rechtfertigen. Außerdem darf die auf allen Gebieten eingetretene Preisentwertung, die auch verhältnismäßig zu einer Senkung der öffentlichen Tarife geführt hat, an den Rundfunkgebühren nicht spurlos vorübergehen. Diese Preisentwertungen haben ohnehin nicht das Ausmaß der Rückgänge bei den Löhnen und Gehältern erreicht, und es ist deshalb nur allzu verständlich, daß in den Hörerkreisen eine Verminderung

der Rundfunkgebühren mit immer stärkerem Nachdruck verlangt wird. Dieser Forderung muß umso mehr Rechnung getragen werden, als der Rundfunk nicht als eine wirtschaftliche Einrichtung aufgefaßt werden darf, deren Hauptziel die Erzielung von Gewinnen ist.

Der Rundfunk ist eine Kultureinrichtung von allergrößter Bedeutung.

Das Bestreben, die Teilnahme an dieser Einrichtung dem wirtschaftlich Schwachen nach Möglichkeit zu erleichtern, muß in der Bemessung der Gebühren zum Ausdruck kommen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß niedere Gebühren, die zu einem weiteren starken Anwachsen der Teilnehmerzahl führen, im Endergebnis nur einen gleich großen oder noch höheren finanziellen Ertrag liefern als es jetzt der Fall ist. Deshalb scheint eine Gebührenerhöhung nicht nur aus kulturellen und sozialen Erwägungen, sondern auch vom Standpunkt größerer Wirtschaftlichkeit des Rundfunks dringend notwendig.

Selbstverständlich darf die Senkung der Rundfunkgebühren nicht in einer Beeinträchtigung des Programms

zum Ausdruck kommen. Die Kürzung an den Ausgaben für die Programmgestaltung wäre auch durchaus vermeidbar. Dagegen sind Einsparungen auf vielen anderen Gebieten möglich und vertretbar.

Aus aller Welt

Devijenschieber

Stuttgart, 8. März. (Eig. Meldung.) Der aus Nürnberg stammende Zahnarzt, den die Stuttgarter Zollabhandlungstelle vor einigen Tagen geschnappt hat, heißt Edmund Raus und ist 1930 aus Südamerika, wo er nach dem Kriege praktizierte, zurückgekehrt. Da er in der letzten Zeit leids Keien in die Schweiz unternahm, wird der Betrag seiner Kapitalüberweisungen auf mehrere Hunderttausend Mark geschätzt.

Drahtseilbahnunglück in Südrankreich

Paris, 8. März. Das Rizza wird gemeldet, daß heute vor-mittag die von Beauvois nach La Turbie führende Drahtseilbahn einstürzte. Wie man zu dem Unglücksfall berichtet, hatte der Zug heute früh etwa 150 Meter der Strecke durchlaufen, als er plötzlich ins Rollen kam. Die Lokomotive fiel auf die Straße. Ihr Führer wurde getötet. Der Anhängewagen entgleiste, wurde aber durch ein Fressloch am Sturz verhindert. Einer der Reisenden, der sich durch Abspringen retten wollte, wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus verstorben ist.

Geflügelstarm eingedämmt

Zürich, 8. März. Gestern brante in Wiltswil eine Geflügelstarm vollständig nieder. Der ganze Hühnerbestand, rund 4500 Stück, darunter 3500 junge Hühner, sind den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt etwa 35 000 Franken.

Leichen auf dem Eis

Bukarest, 8. März. (Eig. Draht.) Die Bewohner des beh-arabischen Grenzortes Palanca erleben nun schon seit zwei Wochen ein wahrhaft grauenhaftes Schauspiel. Auf dem Eise des fest angefrorenen Dniesterflusses ganz nahe am Ort liegen noch immer die Leichen des großen Fluchtlinnamordens in zerstreuten Gruppen umher. Niemand wagt es sie zu berühren und zu beerdigen. Auf beiden Ufern stehen die Grenzwachposten. Hier die Rumänen, dort die Russen. Inzwischen haben die rumänischen Behörden an-gerechnet, daß das grauenhafte Bild photographiert werden. Die Photo-graphie soll dem Rote-Bund übermittelt werden.

Aufgedeckte Fahrkartenbetrügereien

Saarbrücken, 8. März. Die Bahnpolizei ist Fahrkartenbetrügereien auf die Spur gekommen. Zwei Personen wurden verhaftet.

Beim Einbruch von der Polizei erschossen

Berlin, 8. März. Der 25jährige Zeitungsbändler Erich Wilde drang heute früh gegen 5 Uhr mit Hilfe dreier Kameraden

in die Wohnung seiner früheren Braut ein. Er hatte sich vom Dach aus an einem Strich bis zum Fenster einer Kammer ihrer Wohnung heruntergelassen und das Fenster eingedrückt. In der Annahme, daß seine Braut in der Kammer schlief, gab er drei Schüsse auf das Bett ab, in dem jedoch der Bruder der Braut lag. Die Schüsse gingen fehl. Die übrigen Angehörigen flüchteten in die Nachbarmwohnung und alarmierten die Polizei. Während der Eindringling in der Wohnung nach seiner früheren Braut suchte, trat ein Beamter ein und stellte ihn in der Küche. Als Wilde darauf in die Kammer flüchtete, gab der Beamte einen Schuß nach der Kammer ins Dunkle ab und tötete Wilde durch einen Kopfschuß.

Ein Piratenjagd

Ein Fischer auf der Insel Nassau in den Bahamas (Atlantischer Ozean) fand am Strand ein mit altem Gold und Schmuckstücken im Wert von 60 000 Dollar gefülltes Kistchen. Vermutlich handelt es sich um einen alten Piratenkistchen. Zwei Drittel des Fundes beschlagnahmte die Polizei, ein Drittel durfte der Fischer behalten.

Wieder Papageienkrankheit?

Genève, 7. März. Ein Ingenieur und seine Frau erkrankten vor etwa 14 Tagen an heftigen grippeähnlichen Erscheinungen. Die Symptome der Krankheit ließen den Verdacht aufkommen, daß hier ein Fall der sog. Papageienkrankheit vorliege, da die Krankheit auftrat, nachdem das Ehepaar einige Wellenfische erworben hatte. Der Ingenieur ist Mitte voriger Woche gestorben, seine Frau schwacht in Lebensgefahr. Die Kaiser Gesundheitspolizei hat die Wohnung der Erkrankten versiegeln lassen und die Sittige dem Koch-Institut in Berlin zur Untersuchung überlassen.

Lied der Eisernen Front

Nach der Melodie des Schulkampfliedes:
„Die Fahne hoch“.

Arbeitspakt auf. Wehr ab in diesen Tagen
Den Feind von rechts, der unsrer Klasse droht.
Licht uns und unsre Kinder nicht in Fesseln schlagen
Solange noch der Freiheit Flamme lodt.

Die Zwangsberührung, sie will uns neu betrügen
Die unsre Väter fast in Eifen schlug.
Doch unsre Antwort heißt: „Nicht brechen und nicht biegen
Wir kämpfen. Wir vom Schraubstock und vom Pflo.“

Wir sagen nicht vor diesem großen Ringen.
Wer feige ist, verdient ein Knecht zu sein.
Und nur wer mutig kämpft und gern wird Opfer bringen.
Darf sich voll Stolz des schönsten Sieges freuen.

Und werden Vorbeerbrenne nie uns schänden.
Des Volkes Sohn beachtet ihrer nicht.
Doch das Bewußtsein wird uns stets befehlen,
Dah wir im Kampf erfüllen unsre Pflicht.

Eginhard Rädle.

Erste Schwalben in der Wirtschaft

Während in Amerika die schon nicht mehr so ganz hoffnungslose Einstellung zur Wirtschaftsentwicklung in Arbeitsprogrammankündigungen der großen Trusts, z. B. der Ford-Compans, die ein Bauprogramm von 1,5 Millionen Wagen aufstellt hat, ihren Ausdruck findet, müssen wir uns in Deutschland zunächst damit begnügen, daß die verschiedenen Wirtschaftsverbände die Zukunft mit bescheidenem Optimismus betrachten. Zu diesen „ersten Schwalben“ gehört auch der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund, der seinen Sitz im Bussportal hat und der die Klein- und Kleinfertigungsindustrie Deutschlands zusammenfaßt. Der Monat Februar habe zwar, so führt der Stahlwaren-Industrieverband aus, bei der Beschäftigung der Industrie keine grundlegende Veränderung gebracht. Bei den Meldungen den einzelnen Produktionsgebieten im Reich seien aber zum ersten Mal seit Monaten wieder günstiger Einzelheiten berichtet worden. Wennalich es verfrüht wäre, von einem Umschwung der Verhältnisse zu sprechen, so wäre es andererseits ebenlo falsch, eine gewisse Umstellung zum Besseren zu überleben. Bei dieser Umstellung spielen die Tarifachen mit, daß die Lagen des Handels so gut wie leer sind und nun wieder aufgefüllt werden müssen.



Gerhart Hauptmann in U.S.A.

Auf der Treppe des Rathhauses von Newyork

Von links nach rechts: Prof. Butler von der Columbia-Universität in Newyork, Frau Gerhart Hauptmann, Gerhart Hauptmann, Oberbürgermeister Jimma Walker.

Gerhart Hauptmann, der große deutsche Dichter, weist zur Zeit in den Vereinigten Staaten, wo er - vor allem anlässlich des Goethe-Gebentages - mehrere Vorträge über kulturelle Fragen Deutschlands und der Gegenwart hält.

Uebersetzer: Georg Schöpllin. Verantwortlich: Volkmil, Freihaas Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Beste Nachrichten: E. Gräbebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleinblattische Chronik, Aus Mittelbaden, Verlach, Verlagsanstalt, Heilbronn, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Großhändler, Gemeindepunkt, Verlage Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Deimat und Wandern, Auskünfte: Josef Gille, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Edmüllsche Wohnhaus in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1749 *Französischer Staatsmann Mirabeau. — 1793 Danton gründet die Revolutionstrafkammer. — 1814 *Dichter Taras Schewtschenko. — 1851 *Naturforscher Derzhav (Geophysiker). — 1877 *Physiologe Emil Abderhalden. — 1902 *Dichter Hermann Hagedorn. — 1918 *Dramaturg Frank Wedekind. — 1919 Ständrecht in Berlin.

9. März

Wahlpropaganda vor dem Schnellrichter

Politische Pinzetten

Im Wege der großen Unfug und Sachbeschädigung wurden gestern zwei Kommunisten, der 23jährige arbeitslose Tagelöhner Josef Eckl und der 41jährige verheiratete Küfer Ludwig Briesborn, beide aus Karlsruhe-Grünwinkel, dem Schnellrichter (Amtsgerichtsrat Backfisch) vorgeführt. In der Nacht vom 7. auf 8. März wurden die beiden Angeklagten nach der Anlage dabei betroffen, wie sie Schmiere standen, als von nicht ermittelten Tätern an der Umfassungsmauer der Michelnummer in der Darlander Straße mit roter Farbe Inschriften „Wählt Thälmann, Arbeiterkandidaten!“ angebracht wurden. Die Angeklagten bestreiten mit der Sache etwas zu tun zu haben. Der Staatsanwalt führt aus, daß beide Angeklagte gewollt haben, daß angebracht wurde; sie seien daher als Mitäter anzusehen. Gegen beide beantragte er eine empfindliche Freiheitsstrafe. Seitens der Michelnummer wurde Strafandrohung wegen Sachbeschädigung gestellt.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten Briesborn und Eckl wegen Sachbeschädigung in Tateinheit mit großem Unfug zu je drei Wochen Gefängnis.

Auf Antrag des Staatsanwalts erging gegen beide Angeklagte Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefährde.

Nationalsozialistischer Zettelankleber

Im Wege der großen Unfug und Sachbeschädigung wurde gestern ein Nationalsozialistischer Zettelankleber, der 33jährige Iedias Kaufmann Philipp Dittes aus Karlsruhe zu verurteilen. Er soll nach der Anlage ein politisches Abzeichen und ein politisches nicht genehmigtes Wahlplakat herausgegeben haben. Er hatte auf der Kaiserstraße hinten an seinem Motorrad ein Plakat mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Wählt Hitler“ mit sich geführt. Der Angeklagte gibt an, das Plakat sei ihm geschenkt worden. Auf der Polizeiwache sei ihm das Plakat nicht beanstandet worden. Er habe es lediglich als Wahlpropaganda aufgesetzt. Er sei nicht durch die Kaiserstraße gefahren, sondern sei mit seinem Motorrad vor dem Führer-Verlag gestanden. Das Gericht will die Frage prüfen, ob während der Wahl solche Plakate verwendet werden dürfen. Eine telefonische Anfrage beim Polizeipräsidium ergibt hierüber keine Klarheit. Das Gericht beschließt darauf, die Angelegenheit in das ordentliche Verfahren zu überleiten. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt.

Das Wahlplakat am Motorrad

Im Wege der großen Unfug und Sachbeschädigung wurde gestern ein Nationalsozialistischer Zettelankleber, der 33jährige Iedias Kaufmann Philipp Dittes aus Karlsruhe zu verurteilen. Er soll nach der Anlage ein politisches Abzeichen und ein politisches nicht genehmigtes Wahlplakat herausgegeben haben. Er hatte auf der Kaiserstraße hinten an seinem Motorrad ein Plakat mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Wählt Hitler“ mit sich geführt. Der Angeklagte gibt an, das Plakat sei ihm geschenkt worden. Auf der Polizeiwache sei ihm das Plakat nicht beanstandet worden. Er habe es lediglich als Wahlpropaganda aufgesetzt. Er sei nicht durch die Kaiserstraße gefahren, sondern sei mit seinem Motorrad vor dem Führer-Verlag gestanden. Das Gericht will die Frage prüfen, ob während der Wahl solche Plakate verwendet werden dürfen. Eine telefonische Anfrage beim Polizeipräsidium ergibt hierüber keine Klarheit. Das Gericht beschließt darauf, die Angelegenheit in das ordentliche Verfahren zu überleiten. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt.

Genosse Theodor Jenker 70 Jahre

Am heutigen Tage begeht ein Parteiveteran der Karlsruher Sozialdemokratie den 70. Geburtstag. Seit mehr als 40 Jahren bekennt er sich zu unserer Partei, ist in den meisten Versammlungen und Parteieranstaltungen anwesend und auch als langjähriger Geschäftsmann — Genosse Jenker betreibt seit Jahrzehnten ein Hutgeschäft in der Kaiserstraße — uns nicht untreu geworden. Er kam von Sachsen nach Offenburg und verlor in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach Karlsruhe. Hier war er erster Vorsitzender des damaligen Arbeitervereins und Mitarbeiter der Arbeitergehilfsvereine und anderer Organisationen. Mit den älteren, längst verstorbenen Parteigenossen, wie Dreßbach-Mannheim und anderen, hat er noch zusammengearbeitet. Auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Paris 1889 war er Vertreter seiner Berufsorganisation. Wir bringen dem Siebzigjährigen, der immer über eine Portion Mutterwitz und Lebenshumor verfügt, die besten Glückwünsche dar. Möge er sich der guten Gesundheit, die ihn stets ausgezeichnete, noch recht lange erfreuen.

Bildungsvortrag über das Güterrecht

Im Rahmen des Bildungsprogramms des Gewerkschafts-Kartells hielt am Montagabend im Volkshaus Arbeitersekretär Erb einen Vortrag über das Güterrecht, den er durch seine in der Form der Arbeitsgemeinschaft gehaltenen Vortragsweise recht lebendig und interessant gestaltete.

Zunächst behandelte er die Frage des Kaufs und Verkaufs. Alles was Grund und Boden, Liegenschaften ist, kann nur vor dem Notar angekauft werden. Käufer und Verkäufer müssen bei jedem Kauf und Verkauf volljährig sein. Am Vermögen der Frau hat der Mann die Verfügungsgewalt. Eine minderjährige Frau kann ein Grundstück nicht verkaufen, ohne die Zustimmung ihres Mannes und ihres Vormundes. Ist die Frau volljährig, so hat sie über ihr Verbleibendes die freie Verfügung. Für Schulden, die die Frau außerhalb ihrer Schlüsselgewalt macht, haftet der Ehemann nicht, ebenso haftet die Frau nicht für Schulden des Ehemannes. Hat der Mann zur Erwerbsfähigkeit der Frau die Zustimmung gegeben, so hat die Frau über ihr Einkommen aus dieser Tätigkeit freie Verfügungsgewalt. Ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters gibt es keinen zulässigen Katenlauf von Minderjährigen. Ein mündliches Verlöbniß des Vaters oder Vormundes, Schulden des Minderjährigen zu bezahlen, gilt als Vertrag, der eingehalten werden muß. Die Eltern sind zum notwendigen Lebensunterhalt der Kinder verpflichtet. Der Güterstand der Familie ist bindend für die Unterhaltspflicht. Eheleuten ist zu empfehlen, immer einen Ehevertrag zu machen, denn das Gesetz ist so gefaßt, daß der Mann die Frau übervertreten kann, wenn er die Absicht dazu hat. Ein Ehevertrag kommt höchstens auf 10 März, so daß man nicht sagen kann, wegen

zu hoher Kosten kann nicht jedes Ehepaar einen Ehevertrag abschließen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Koll. Siamund als Vorsitzender machte darauf aufmerksam, daß in 14 Tagen der nächste Bildungsvortrag stattfindet und schloß mit Worten des Dankes an den Referenten den lehrreichen Bildungsvortrag ab.

Theatervorstellungen für Erwerbslose

Wie schon bekannt gegeben, hat der Verwaltungsrat des Landes-Theaters auf Anregung des freien Gewerkschaftsartells und der dem Verwaltungsrat angehörenden sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, unentgeltlich Theatervorstellungen für Erwerbslose einzuführen. Es finden nun solche statt am Freitag, den 11. Samstag, den 12. und Montag, den 14. März 1932, jeweils nachmittags 3 Uhr. Die Erwerbslosen haben freien Eintritt und können die Karten bei ihren gewerkschaftlichen Organisationen in Empfang nehmen. Die Vorstellungen werden sicherlich den Beifall des Verwaltungsrats des Landes-Theaters begrüßen und lebhaften Gebrauch machen.

Gesamtvorband. Die Auslosung der Theaterkarten für unsere Erwerbslosen findet am Donnerstag, den 10. und Freitag, den 11. März, zwischen 11 und 12 Uhr statt.

Hindenburg-Kundgebung

In der städtischen Festhalle am Mittwoch, den 9. März 1932, 20 Uhr. Organisationskomitee: Wilhelm Kraus von der badischen Hochschule für Musik, Ansprachen: Prof. Dr. R. Hill, Rektor der Friedrichs-Hochschule; Stadtschulrat Albert Kehler; Stadtverordneter R. F. Werner; Staatspräsident Dr. J. Schmidt. — Deutschlandlied. Unkostenbeitrag 20 Pf. — Nummerierte Plätze 1 M. — Kassenöffnung 19.30 Uhr. Vorverkauf: Ludwig Verich, Kaiserstraße 165, Franz Josef Sommer, Kaiserallee 5; Friedrich Töpfer, Kriegsstraße 3a, Georg-Friedrich-Straße 25. Erwerbslose können Karten à 10 Pf. im Zigarrenhaus Töpfer erhalten.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall

Gestern Abend um 22 Uhr wurden in der Nähe der Lutherkirche zwei Männer, die einen Handwagen schoben, von hinten von einem Motorrad angefahren. Der Handwagenbesitzer, ein junger Mann aus Durlach, stürzte zu Boden und blieb mit einem Schädelbruch bewußtlos liegen. Auch die beiden anderen Personen kamen zu Fall, wobei der eine einen Mittelfußbruch und innere Verletzungen erlitt. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Städt. Krankenhaus eingeliefert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Verkehrsstörung

Auf der Landstraße zwischen Karlsruhe und Durlach wurde gestern früh in der Nähe des Durlacher Bahnhofes ein hochgeladener Deumwagen vom Sturm umgeworfen und auf den Bahnkörper der Straßenbahn geschleudert; hierdurch entstand eine Unterbrechung des Straßenbahnverkehrs von etwa 20 Minuten. Ein Arbeitswagen des Städt. Bahnamts beseitigte das Verkehrshindernis.

Brandschaden

Im Trodenkeller einer Firma in Grünwinkel gerieten gestern früh etwa 25 Zentner Baumwolle in Brand. Das Feuer konnte von Angehörigen der Firma gelöscht werden. Der entstandene Schaden beläuft sich auf einige tausend Mark.

Aufgefundene Fahrräder

Im Laufe des gestrigen Tages wurden der Polizei zwei aufgefundene Fahrräder abgeliefert.

Schmier- und Klebefolien

Am Dienstag nachmittag nahm die Polizei einen 19 Jahre alten Maler fest, der in der Karl-Friedrichstraße Hausbesitzer der NSDAP, an die Häuser klebte. Er wurde zur Vorführung vor den Schnellrichter ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Wegen des gleichen Delikts gelangt ein 15 Jahre alter Schüler zur Anklage. Er hatte sich am Montag nachmittags im Weiberfeld als Zettelkleber betätigt.

Ferner wurde ein Kaufmann von hier festgenommen, der an seinem Motorrad ein nicht genehmigtes Wahlplakat der NSDAP befestigt hatte.

Der Polizei in Mühlburg gelang es, drei Angehörige der SPD zu ermitteln, die in der Nacht zum letzten Freitag im Stadteil Darlanden verschiedene Einfriedigungen um, mit kommunistischen Wahlparolen in roter Farbe beschriftet hatten. Sie wurden festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt.

Aus Organisationen und Vereinen

Generalsammlung des Arbeiter-Radio-Bundes

Am Samstag, den 27. Februar, hielt die Ortsgruppe Karlsruhe des Arbeiter-Radio-Bundes im Restaurant „Salmen“ eine außerordentliche Generalsammlung ab. Neben Wahlen zur Vorstandschaft sowie zur Goutagung stand vor allem der Vortrag eines Genossen von der Bezirksleitung auf der Tagesordnung. Er gab den zahlreich erschienenen Mitgliedern einen kurz zusammengefaßten, dabei aber doch erschöpfenden Überblick über die bisherige Entwicklung und die gegenwärtige Organisation des deutschen Rundfunks. Es erregte sich aus den interessanten Ausführungen des Referenten für viele Mitglieder ein wesentlich anderes Bild, als sie es sich bisher gemacht hatten. Besonders wurden sie über die Schwierigkeiten aufgeklärt, mit denen die Arbeiterschaft von allem Anfang an, und heute fieber noch mehr, zu kämpfen hatte, um ihre Interessen im Rundfunk zu vertreten. Trotz der großen Weisheit, die die Arbeiterschaft und die ihr nahestehenden Kreise in der Vorerklärung ohne Zweifel haben, ist ihr Einfluß auf die Programmgestaltung des Rundfunks überaus gering. Schuld daran ist vor allem die Gleichgültigkeit der Hörer. Es ist Aufgabe des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschland, hier Aufklärung zu schaffen und auch den letzten Geringsten aus Arbeiterschaft für die Mitarbeit in diesem Sinne zu gewinnen.

In seinen weiteren Ausführungen wies der Referent auf die Bestrebungen der Gegenseite — rechts wie links — hin, die sich eine große, zum Teil gut geleitete Radio-Presse geschaffen haben.

Zu diesem Zwecke werden Programme und Forderungen aufgestellt und zwar meist mit denselben Worten, die wir schon im Arbeiter-Radio-Bund von Anfang an vertreten hatten. Es ist klar, daß diese Forderungen nur von der Partei wirkungslos verstreut werden können, die auch wirtschaftlich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Ferner machte uns Gen. M. die Mitteilung, daß von jetzt an auch unsere Bundes-Zeitschrift den Verhältnissen angepaßt werden soll und jetzt in neuer Form als „Rundfunk“ erscheinen wird. Wie bisher werden neben ausführlichen Programmen interessante technische Aufsätze gebracht, außerdem enthält „Rundfunk“ einen gut geleiteten und reich in Kupferstichdruck versehenen Unterhaltungsbeleg, der allen etwas bringen wird. Es bleibt zu hoffen, daß der Rundfunk bald bei jedem unserer Söhne zu finden ist und die bürgerlichen oder sogenannten „neutralen“ Rundfunkanstalten aus den Wohnungen unserer Angehörigen verschwinden.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Interesse aufgenommen und fanden allgemeine Zustimmung.

Bezug der städt. Hallenbäder im Februar

	1931	1932
Schwimmbäder	24 523	20 014
Bannenbäder	11 946	9 726
Kohlenjäurebäder	258	201
Saunabäder	68	33
Aneinpaule	225	78
Kangobäder	146	112
Dampfbäder	798	814
Elektrische Lichtbäder	826	718
Kurbäder	617	617
Strahlbäder	339	—
	39 741	32 308

Kollgeldienkung

Wichtige Neuerung bei der Reichsbahn

Wie aus dem Interatenteil ersichtlich war und auch bereits in einigen Wochen einer ausführlichen Darstellung in der Tagespresse zu entnehmen war, hat die Reichsbahn auf 1. März eine für die meisten Kreise der Bevölkerung wichtige Neuerung eingeführt: die bahnamtliche Kollgeldienkung, der bisher nur die Abfuhr von Städtgütern umfachte, wird auf die Abfuhr der Städtgüter und auf die Abfuhr der Abfuhr der hochwertigen Waren und Ladungen erweitert. Die Kollgelder sind ab 1. März erheblich verbilligt.

Für den gesamten Reichsbahnbereich ist für die Ab- und Anfuhr von Gütern und Frachtgut (Städtgüter und Warenladungen) ein einheitlicher Gebührentarif mit Höchstgrenzen festgelegt. Dieser gilt für die verkehrsreichen Strecken. In den abgelegenen Städtgüter mit teuren Lebenserhaltungsmitteln werden z. B. für die Ab- und Anfuhr von Frachtgütern im Gewicht bis 50 Kilo nur 30 Pf. und im Gewicht bis 100 Kilo nur 50 Pf. Kollgelder erhoben, während sich diese letztere auf das Mehrfache belaufen. Für weitläufig überwiegender Wehrkraft der übrigen Orte liegen die Gebühren abseits nach den Lebensverhältnissen der einzelnen Orte unter den Sähen des Einheitsrates.

Auch die, die außerhalb des gewöhnlichen Gebührentarifs der Reichsbahnleistungen abseits der üblichen Gebühren, werden im Uebereinstimmung mit dem Tarif, nur unerschäft über den Sähen der fruchtbareren Gebührentarifs liegenden Gebührentarifs bedient.

Zwischen Gütern und Frachtgut besteht jetzt kein Unterschied mehr, für beide Güterarten werden die gleichen Gebühren erhoben.

An größeren Orten waren die Kollgelder bisher nach Gebührentarifen geteilt; künftig werden auch die Sendungen nach den weit von den Güterabfertigungsabteilungen abgelegenen Orten und Gebührentarifen in den gleichen Gebührentarifen abgehoben, wie nach und von den naheliegenden.

Die Abfuhrgebühren sind abgemindert. Für Verbringen von Gütern in andere als Erdachhöfe oder in Kellerräume werden den in den Frachtbriefen eingetragenen Kollgebühren keine Zuschläge mehr gemacht. Das Personal der bahnamtlichen Kollgelder unternehmer darf von sich aus solche zusätzlichen Gebühren nicht mehr fordern.

Die Reichsbahnverwaltung hofft, mit dieser Neuerung die Bestrebungen in der Richtung der allgemeinen Preislenkung sich beibringen zu können.

(1) Ein unhaltbarer Beschluß der hiesigen Schloßherrinnen

Schreibt man sich etwa 14 Tagen hat die hiesige Schloßherrinnen einen von ihr gefaßten Beschluß zur Verwirklichung gebracht, nicht nur gegen Treu und Glauben, sondern auch gegen die Verfassungsmäßigkeitsgründe verstoßen. Man hört und raunt: Das Schloßherrinnen dieser Innungsbesitzer hat nicht bei ihren Geleuten gemacht, sondern ist auch auf das Kollgeld der Verbringer übergegangen worden. Die Schloßherrinnen haben sich durch Innungsbesitzer erlaubt, ihren Verbringer den ihnen gesetzlich zuzubehörenden Kollgelder Kollgelder auf 1 bis 2.50 Mark zu kürzen. Man hat diese Maßnahme damit begründet, daß augenblicklich keine Kollgelder vorhanden sei. Das die Verbringer in erster Linie dazu in den Kollgelder Kollgelder sind, um zu lernen, nicht um den Innungsbesitzern Geld zu verdienen, scheint ihnen aus ihrem Kollgelder Kollgelder zu sein. Aber angenommen, diese Verbringer würde mit der herausgegebenen Begründung zu Recht bestehen, bleibt die die Kommissar. Die dreijährigen Verbringer, denen die Hälfte ihres wöchentlichen Kollgeldes abgezogen hat, bringen nur noch 3 Tage in der Woche im Geschäft anwesend zu sein, so weit scheint der Arbeitsmangel doch nicht vorhanden zu sein, denn die Verbringer werden vielfach nicht nur nicht volle acht Stunden täglich im Geschäft behalten, sondern vielmals nur sechs (was auch bei den unter Jugendenten ersichtliche Kollgelder Verbringer sehr oft zutrifft). Das schloß den Beschluß zur Verwirklichung brachte, aber nicht das hiesigen Rat befohlen, vor opponierenden Verbringer diesen Beschluß auch zu vertreten. Deren letzten Proteste vorbringen, denn dieser ist schuld an der Verbringer. Wo machten sich 20 bis 25 Verbringer auf den Weg zum Innungsbesitzer und veranlaßten im Hofe derselben einen einseitigen Beschluß. Wenn man sich auch nicht damit einverstanden gegen den Beschluß, mit welcher unheimlichen Worten diese jungen Verbringer ihre Meinung zum Ausdruck brachten, so muß man auf der anderen Seite durch Entschlossenheit bewundern, ein an ihnen verbringer Unrecht durch Selbsthilfe abzumehren. Was sagt die Schloßherrinnen zu diesen Vorgängen? Ist sie mit dem Beschluß einverstanden, oder sollten sie zusammenfinden, um beim Arbeitsgericht eine Stellungsklage einzulegen mit dem Endziel auf Befreiung der Innungsbesitzer die guten Eiten verstoßenden Beschlusses. Die Schloßherrinnen aber noch einen anderen Haken: Trotz vorgeschützten Arbeitsmangels für die Verbringer, stellen die Schloßherrinnen ein Komitee von Verbringer auf, die nach oben abgerundete Höchstzahl von Verbringer hier wäre unter diesen Umständen ein Einzeiler der Schloßherrinnen kammer im Interesse der Ausbildung der Verbringer dringende Plätze.

